

über die _____ 15. _____ Sitzung des Stadtrates Pappenheim _____
 am 13.11.14 _____ in _____ Pappenheim _____
 um 19.00 _____ Uhr Sitzungsraum: Sitzungssaal des Rathauses _____
 Ende _____ Uhr

Sämtliche 17 _____ Mitglieder des Stadtrates Pappenheim _____
 waren ordnungsgemäß eingeladen.

Vorsitzender war: 1. Bürgermeister Sinn
Schriftführer war: GL Eberle

Anwesend waren:

- 1. Bgm. Sinn
- 2. Bgm. Dietz
- 3. Bgm. Wenzel
- StR Deffner
- StR Gallus
- StR Gronauer
- StR Halbmeyer
- StR Hönig
- StR Hüttinger
- StR Kreißl
- StR Lämmerer
- StR Obernöder
- StR Otters
- StRin Pappler
- StR Rusam
- StR Satzinger
- StRin Seuberth
- OS Loy
- OS Neulinger

Zum nichtöffentlichen Teil der Niederschrift - lt. Geschäftsordnung vom 08.05.08 -

1. Wegfall der Geheimhaltungsgründe festgestellt für die Tagesordnungspunkte Nr.

2. Kopie nur des Beschlusses zu TOP-Nr.
 an die Presse weitergegeben.

Pappenheim, den
 STADT PAPPENHEIM

Uwe Sinn
 Erster Bürgermeister

Außerdem waren anwesend

10 Zuschauer, sowie Herr Manstorfer (Fa. IKT) zum Punkt Breitband, Architekt Jochen Radegast (Brandschutz der Pappenheimer GS), Herr Petrenz (Stadtwerke GmbH), Vertreter der Presse: Herr Prusakow (Skribent Pappenheim)

Entschuldigt abwesend waren

Unentschuldigt abwesend waren
 ./.

Beschlussfähigkeit war gegeben war nicht gegeben

Die Sitzung war öffentlich Punkte nichtöffentlich Punkte

Lfd-Nr.

Sachverhalt

Abstimm.-Ergebnis

ÖFFENTLICH

01	Bauanträge
02	Breitband – Vorstellung der Planung der Fa. IK-T, Regensburg
03	Antrag zur Geschäftsordnung: Änderung der Protokollart hin zu reinem Beschlussprotokoll
04	Städtebauförderung: Beschluss des Jahresprogramms 2015 ff
05	Bauleitplanung: Stellungnahme zur 20. Änderung des Regionalplans der Region Westmittelfranken (8)
06	Ortsrecht: Einführung der gespl. Abwassergebühr – Information über weiteres Vorgehen
07	Kinderspielplätze: Steigerung der Attraktivität des Spielplatzes Stadtparkstraße – Erwerb einer Seilrutsche - Grundsatzentscheidung
08	Brandschutz: Mangelhafter Brandschutz der Pappenheimer Grundschule – Schreiben des Landratsamtes

Lfd.-Nr.	Sachverhalt	Beschluß	Abstimm. Ergebnis
	<p style="text-align: center;"><u>ÖFFENTLICH</u></p> <p>Bgm. Sinn begrüßt alle Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest und eröffnet die heutige Stadtratssitzung. Bürgermeister Sinn tritt zur Tagesordnung über.</p> <p>01 <u>Bauanträge</u></p> <p>Sind heute nicht vorhanden.</p> <p>02 <u>Breitband – Vorstellung der Planung der Fa. IK-T, Regensburg</u></p> <p>Bgm. Sinn stellt fest, dass Herr Manstorfer an und für sich nur für den nicht-öffentlichen Teil geladen war, seine Präsentation deshalb viele nicht-öffentliche Daten enthält. Er bittet deshalb, den Stadtrat den TOP in den nicht-öffentlichen Teil zu verschieben. StR ... beantragt, dass die allgemeinen Informationen ohne die relevanten personenbezogenen Daten sehr wohl auch der Öffentlichkeit vorgestellt werden sollen. Herr Manstorfer erklärt, dass er die Präsentation entsprechend verändern kann, bittet hierzu aber um ca. 10 Minuten Zeit. Der TOP wird deshalb nach hinten in der Reihenfolge verschoben.</p> <p>03 <u>Antrag zur Geschäftsordnung:</u> <u>Änderung der Protokollart hin zu reinem Beschlussprotokoll</u></p> <p>Bgm. Sinn bittet hierzu Hr. GL Eberle um dessen Ausführungen. Herr Eberle erklärt, dass der Antrag ein Antrag des Bürgermeisters ist und führt aus, dass die aktuell praktizierte Art der Protokollführung, in der versucht wird, sämtliche relevanten Wortmeldungen in indirekter Rede in einer Art Verlaufsprotokoll mit Sachverhalts-Darstellung eine sehr aufwendige und im Einzelfall auch immer wieder umstrittene Art der Protokollführung ist. Das Stellengutachten des Prüfungsverbandes schlägt der Stadt Pappenheim vor, künftig auf ein reines Beschlussprotokoll zu wechseln, um so Personal einsparen zu können. Das Stellengutachten des Prüfungsverbandes ist insgesamt bereits auf eine Protokollführung bei allen Ausschüssen und Sitzungen des Stadtrates hin zu einem Beschlussprotokoll berechnet. Sollte der Stadtrat deshalb zu dem Ergebnis kommen, es bei der doch wesentlich aufwendigeren Form des aktuellen Protokollstils zu belassen, wäre das Stellengutachten in diesem Punkt bereits überholt. StR ... äußert, dass die Art des bisher praktizierten Protokolls grundsätzlich auch viele Vorteile hat. So kann auch zu einem späteren Zeitpunkt jederzeit relativ gut nachvollzogen werden, wer sich wie zu welchem TOP geäußert hat und wie genau mit welchen Gedankengängen Beschlüsse entstanden sind. Die Mehrheit der anwesenden Stadträte hält diesen Vorteil für wichtiger, als die zu erwartende Personaleinsparung. Bgm. Sinn plädiert für die Führung eines reinen Beschlussprotokolls, da andernfalls eine Personalmehrung unausweichlich ist.</p> <p>Der Stadtrat fasst folgenden Beschluss:</p> <p><u>Beschluss:</u></p> <p>Die Art und Weise der Protokollierung des Stadtrates und der Ausschüsse soll</p>		

Lfd.-Nr.	Sachverhalt	Beschluß	Abstimm. Ergebnis
	<p>ab sofort als reines Beschlussprotokoll geführt werden. Die Geschäftsordnung ist in diesem Punkt anzupassen. Der Antrag ist damit abgelehnt.</p>		2 : 15
04	<p><u>Städtebauförderung: Beschluss des Jahresprogramms 2015 ff</u></p> <p>Bgm. Sinn verliest die Beschlussvorlage <i>Beginn der Beschlussvorlage:</i></p> <p>Bedarfsmitteilung Städtebauförderung 2015 Der Maßnahmenplan für städtebauliche Maßnahmen im Jahr 2015 wurde erarbeitet. Die Verwaltung hat der Regierung von Mittelfranken bis zum 01.12.2014 den Bedarf an Städtebauförderungsmitteln zu melden. Die veranschlagten förderfähigen Kosten ergeben sich aus Anlage 1. Die Bedarfsplanung für Städtebaufördermittel im Jahr 2015 ist vom Stadtrat zu beschließen.</p> <p><i>Ende der Beschlussvorlage</i></p> <p><u>Beschluss:</u></p> <p>/ Der Stadtrat beschließt den Bedarf an Mitteln der Städtebauförderung in Höhe der Beträge, die sich aus Anlage 1 und 2 zu dieser Sitzungsniederschrift ergeben.</p>		17:0
05	<p><u>Bauleitplanung: Stellungnahme zur 20. Änderung des Regionalplans der Region Westmittelfranken (8)</u></p> <p>Bürgermeister Sinn erteilt hierzu Herrn Eberle das Wort. Dieser erläutert, dass der Regionalplan im Bereich der Region 8 (Westmittelfranken) seine 20. Änderung erfährt. Er weist darauf hin, dass im aktuellen Änderungsverfahren die Stadt Pappenheim nicht betroffen ist, sondern lediglich die Gemeinden Burg und Herrieden, sowie die Stadt Leutershausen. Nachdem keine Wortmeldungen erfolgen, fasst der Stadtrat folgenden Beschluss:</p> <p><u>Beschluss:</u></p> <p>Der Stadtrat der Stadt Pappenheim beschließt zur 20. Änderung des Regionalplans der Region Westmittelfranken (8); Änderung des Teilkapitels B V (neu) 3. Erneuerbare Energien keine Einwendungen zu erheben.</p>		17:0
06	<p><u>Ortsrecht:</u> <u>Einführung der gesplitteten Abwassergebühr – Information über weiteres Vorgehen</u></p> <p>Bürgermeister Sinn erteilt hierzu Herrn Eberle das Wort. Herr Eberle informiert die Anwesenden darüber, dass seitens der Stadtverwaltung geplant ist, die gesplittete Abwassergebühr (folgend: GAG) wie folgt einzuführen: In einem ersten Schritt wird die gesamte Bevölkerung Pappenheims und der Ortsteile zu einer Informationsveranstaltung am Dienstag, den 02.12. um 19.00 Uhr ins EBZ eingeladen. Hier wird die Stadtverwaltung, sowie Vertreter der Fir-</p>		

Lfd.-Nr.	Sachverhalt	Beschluß	Abstimm. Ergebnis
	<p>ma Schneider und Zajontz die Bürger mit allgemeinen Informationen über die GAG, sowie über das in Pappenheim zur Anwendung kommende Grundstück-abflussbeiwertmodell informieren. Im direkten Anschluss wird die Verwaltung an ca. 1600 Grundstückseigentümer persönliche Anschreiben versenden, aus denen zu ersehen ist, mit welcher Fläche die einzelnen Grundstücke von seiten der Stadt Pappenheim veranlagt werden.</p> <p>Hierzu bemerkt Herr Eberle, dass die Stadt Pappenheim und die Firma Schnei-der und Zajontz ein Modell gewählt haben, bei dem die Grundstückseigentümer in eine von 7 Gebietsklassen eingeteilt werden.</p> <p>Die Grundstückseigentümer haben anschließend für die Dauer von einem Monat die Möglichkeit bei der Stadt Pappenheim zu beantragen, dass Teile des veran-lagten Grundstücks aus der Bewertung herausgenommen werden, da diese tatsächlich nicht in die öffentliche Kanalisation einleiten. Aus diesem Grund rich-tet die Stadt Pappenheim in der Zeit vom 08.-19. Dezember ein sog. Bürgerbü-ro im Rathaus ein, zu dem betroffene Bürger nach Terminabsprache kommen können, um ihr Anliegen vorzutragen.</p> <p>Nach Ablauf der Einspruchsfrist kann dann die Firma Schneider und Zajontz im Laufe des Januars die tatsächliche Niederschlagswassergebühr pro qm für die Stadt Pappenheim errechnen, die im Anschluss durch den Stadtrat in Form ei-ner neuen Beitrags-und Gebührensatzung zu beschließen ist.</p> <p>Einige Stadträte fragen an, ob es denn möglich ist, dass ab sofort ein Großteil der Grundstückseigentümer ihr Niederschlagswasser nicht mehr in die Kanalisa-tion einleiten, sondern im Boden versickern lassen. Herr Eberle erklärt, dass dies auf entsprechenden Antrag durchaus gestattet werden kann, da die Sat-zung dies als Möglichkeit vorsieht, ein Umklemmen der Fallrohre ohne Antrag bei der Stadt Pappenheim ist gemäß der Satzung nicht zulässig.</p> <p>Herr Eberle weist darauf hin, dass eine entsprechende Informationsbroschüre auch auf der Homepage der Stadt Pappenheim veröffentlicht wurde, und auch allen Grundstückseigentümern gemeinsam mit dem Anschreiben zugehen wird, in dem die grundsätzlichen Fragen zur GAG erläutert werden.</p> <p>Bgm. Sinn bedankt sich für die Ausführungen und kommt zurück zum TOP 02</p>		
<p>02</p>	<p><u>Breitband – Vorstellung der Planung der Fa. IK-T, Regensburg</u></p> <p>Bgm. Sinn übergibt hierzu Herrn Manstorfer das Wort. Herr Manstorfer führt aus, dass das bestehende Telefonnetz aus Kupfer grundsätzlich in Deutschland ein sehr gutes Telefonnetz ist, allerdings die Aufgabe des Datentransfernetzes nur begrenzt leisten kann.</p> <p>Er stellt anhand einer Powerpoint-Präsentation den Anwesenden vor, dass auf Basis der neuen Planung einer Versorgung sämtlicher Teilnehmer mit mindes-tens 30 Megabit versorgt werden.</p> <p>In Osterdorf konnten so auch die bisher 51 Einwohner, die nur mit 16-30 Me-gabit versorgt waren, nun auf 30 Megabit kommen, in Geislohe waren bisher 8% der Einwohner nicht mit 30 Megabit versorgt, in Neudorf waren dies 3%, was in etwa 9 Einwohnern entspricht und in Göhren konnten 18% der Einwoh-ner zusätzlich mit etwas schnellerem DSL versorgt werden.</p> <p>17 Anwesen in Ochsenhart waren bereits bisher mit 30 Megabit versorgt, in Bieswang kamen 8,5% aus dem Baugebiet AM WASSERTURM hinzu.</p> <p>In Pappenheim sind derzeit 90%, was ca. 1807 Einwohnern entspricht, mit 30 Megabit versorgt, die anderen 10% der Bevölkerung haben eine Datentransfer-leistung von 20-25 Megabit.</p> <p>Herr Manstorfer führt erneut aus, dass die Grundversorgung durch Kabel Deutschland lediglich eine theoretische ist, die Stadt Pappenheim sollte bei ent-</p>		

Lfd.-Nr.	Sachverhalt	Beschluß	Abstimm. Ergebnis
	<p>sprechendem Interesse hier vehement nachhaken und die Firma Kabel Deutschland auffordern, die technischen Unterlagen zur Verfügung zu stellen. Erst dann kann tatsächlich eine Aussage getroffen werden, ob Kabel Deutschland in Pappenheim und Zimmern tatsächlich 100 Megabit bereitstellen kann.</p> <p>StR ... fragt an, ob z.B. in Ortsteilen wie Ochsenhart und in Osterdorf, wo eine Dorferneuerung bevorsteht, in der Straße gleich Glasfaserkabel eingezogen werden sollten. Herr Manstorfer erwidert, dass hier eventuell mit Micro-Leerrohren gearbeitet werden kann, dies ist grundsätzlich eine Entscheidung der Stadt Pappenheim.</p> <p>StRe ... und ... fragen an, ob eventuell auch z.B. durch den Kanalanschluss von Ochsenhart an Bieswang eine entsprechende Leitung mit eingepflügt werden kann. Herr Manstorfer erklärt, dass dies grundsätzlich möglich sein müsste.</p> <p>StR ... fragt an, wie Herr Manstorfer die Chancen einschätzt, ob für den doch sehr aufwändig gewählten Ausbau mit mindestens 30 Mbit für alle Einwohner noch Anbieter vorhanden sind. Herr Manstorfer erklärt hierzu, dass er davon ausgeht, dass die Stadt Pappenheim Angebote erhalten wird.</p> <p>Die Anwesenden bedanken sich, Herr Manstorfer bleibt für den nichtöffentlichen Teil im Saal.</p> <p>07 <u>Kinderspielplätze: Steigerung der Attraktivität des Spielplatzes Stadtparkstraße – Erwerb einer Seilrutsche - Grundsatzentscheidung</u></p> <p>Bgm. Sinn verliest die Beschlussvorlage</p> <p><i>Beginn der Beschlussvorlage:</i></p> <p>Im Haushalt 2014 sind für den Stadtparkstraßenspielplatz 30.000 Euro eingeplant. Nachdem aus zeitlichen Gründen und aufgrund eines fehlenden Gesamtkonzeptes ein Ausschöpfen der gesamten Summe keinen Sinn macht, ist angedacht, zumindest eine Seilbahn zu kaufen.</p> <p>Es ist beabsichtigt, eine Seilbahn mit 30 m Länge, Ausführung in Stahl feuerverzinkt, zu bestellen. Auf dem Spielplatz in der Stadtparkstraße ist genügend Platz vorhanden, um diese ideal platzieren zu können.</p> <p><i>Ende der Beschlussvorlage</i></p> <p>StR ... teilt mit, dass er nach Feststellung, dass noch ein erheblicher Haushaltsansatz für diesen Posten im Haushalt 2014 vorgesehen ist, zusammen mit Sachbearbeiter Rachinger den Vorschlag erarbeitet hat, hier die relativ preisgünstige Seilrutsche zu erwerben.</p> <p>Nachdem hierzu keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, fasst der Stadtrat folgenden Beschluss:</p> <p>Beschluss:</p> <p>Der Stadtrat beschließt den Kauf einer 30 Meter langen Seilrutsche/-Bahn für den Kinderspielplatz Stadtparkstraße. Die Finanzierung erfolgt über den Haushaltsansatz 2014.</p>		17:0
08	<p><u>Brandschutz: Mangelhafter Brandschutz der Pappheimer Grundschule – Schreiben des Landratsamtes</u></p> <p>Hierzu begrüßt Bgm. Sinn Herrn Architekten Jochen Radegast. Bgm. Sinn über-</p>		

Lfd.-Nr.	Sachverhalt	Beschluß	Abstimm. Ergebnis
	<p>gibt Herrn Radegast das Wort. Herr Radegast teilt den Anwesenden mit, dass aufgrund einer Mitteilung des Elternbeirates dem Landratsamt gemeldet wurde, dass der Brandschutz der Pappenheimer Grundschule vermutlich unzureichend ist.</p> <p>Bei einer Begehung mit Vertretern der Behörde wurde festgestellt, dass der Brandschutz der Pappenheimer Grundschule nicht mehr gewährleistet ist. Grund hierfür ist, dass die Bauart aus den 1950er Jahren, die überwiegend offene Treppenhäuser und eine offene Aula beinhaltet, heutigen Brandschutzbestimmungen nicht mehr entspricht. Spätestens durch den Austausch der alten Holzfenster gegen moderne Kunststofffenster mit einem feststehenden Glassockel ist gemäß Auffassung des Landratsamtes der eventuell vorhandene Bestandschutz des Gebäudes erloschen, da durch die höheren Fenster nun eine Rettung der Kinder über einen zweiten Weg, nämlich über Feuerwehrlaternen, nicht mehr möglich sei.</p> <p>Das Landratsamt WUG-GUN forderte deshalb die Stadt Pappenheim auf, bis 15.12.2014 ein Brandschutzkonzept vorzulegen, sowie bis 17.11. Maßnahmen zur sofortigen Verbesserung des Brandschutzes durchzuführen.</p> <p>StR ... wird das Wort erteilt. Dieser stellt fest, dass ihm Schreiben des Elternbeirates, sowie des ehemaligen Schulleiters Brumm vorliegen, demnach die Stadt Pappenheim bereits seit dem Jahr 2011 Kenntnis von dem Problem haben müsste. Er bedankt sich bei den Mitgliedern des Elternbeirates für deren Meldung und kann die Nachlässigkeit der Stadt Pappenheim, der seit mindestens 3 Jahren der unzureichende Zustand der Schule bekannt war, nicht nachvollziehen und zeigt hierfür keinerlei Verständnis.</p> <p>Hierauf antwortet Herr Radegast, dass ihm die konkrete Situation erst seit kurzem bekannt ist, der unzureichende bauliche Zustand besteht sicherlich sogar schon länger, als seit 3 Jahren.</p> <p>Herr ... erklärt, dass seine Kritik nicht in Richtung von Herrn Radegast gemeint war, sondern gegenüber dem 1. Bürgermeister.</p> <p>Einige Stadträte fragen an, ob die teuren Sofortmaßnahmen eventuell umgangen werden können, wenn ein Teil der Schüler nach Bieswang ausgelagert wird.</p> <p>StR ... erläutert, dass in Bieswang vermutlich dasselbe Problem vorhanden ist.</p> <p>Der Stadtrat fasst folgenden Beschluss:</p> <p><u>Beschluss:</u></p> <p>Der Stadtrat der Stadt Pappenheim nimmt den Sachverhalt wie dargestellt zur Kenntnis. Im HH 2015 sind 300.000,- € für die Durchführung der Maßnahme vorzusehen.</p> <p>Zum Ende der öffentlichen Stadtratssitzung gibt Bgm. Sinn bekannt, dass die Stadt Pappenheim einen Preis für das ILEG Altmühltal in München erhalten hat. Bgm. Sinn beendet gegen 20.22Uhr die öffentliche Sitzung, alle Besucher verlassen den Saal</p> <p>Der Vorsitzende: Der Schriftführer:</p> <p>Uwe Sinn Eberle Erster Bürgermeister GL</p>		17:0

Fortsetzungsblatt zur Niederschrift über dieöffentliche Sitzung Nr. 15.....Seite 8.....
desStadtrates Pappenheimam.....13.11.14.....

Lfd.-Nr.	Sachverhalt	Beschluß	Abstimm. Ergebnis
	Datum _____	Datum: 21.01.15	